

Mittwoch (Vormittag), 1. Juni 2016

Erziehungsdirektion

31 2015.RRGR.831 Bericht

Berner Fachhochschule Standortkonzentration; Standortanalyse Bern und Burgdorf

Fortsetzung

Präsident. (*Der Präsident läutet die Glocke.*) Wir haben einen neuen halben Tag vor uns und deshalb erzähle ich wiederum eine Bärengeschichte zur Beruhigung. Es handelt sich um die Bärengeschichte Nummer 3, «Bern und der Bär»: Überall ist er in irgendeiner Form anzutreffen, so unweit vom Ethnologischen Seminar, wo er in der mittelalterlichen Kramgasse geharnischt über einem Brunnen thront oder über dem Torbogen des Zytglogge-Turms. Dort kommt er zu jeder vollen Stunde, bei jedem Glockenschlag bewaffnet aus einer kleinen Türe heraus. Wer über die mit Kopfstein gepflasterte Strasse hinunter zur Nydeggbrücke geht, entdeckt ihn lebend im Bärenpark. Selbst wortfaule Berner sprechen dort mit unserem Wappentier! Oft sind es liebevolle Zwiegespräche, beinahe als sprächen sie mit ihrem inneren Selbst. So viel Liebe und Zuneigung – gibt es diese auch bei uns im Grossen Rat? Dies war die Bärengeschichte Nummer 3, und ich kann Ihnen mitteilen, dass ich heute von einem Grossratsmitglied eine weitere Geschichte erzählt bekommen habe, welche in die Septembersession eingebaut wird. Vielen Dank an Markus Wenger; er wird im «Bärenbüchli» erwähnt werden!

Nun sind wir fit und munter, um mit Traktandum 31 weiterzufahren. Zuerst erteile ich Grossrat Krähenbühl kurz das Wort. Er wurde angesprochen und möchte etwas richtigstellen.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Ich fasse mich kurz, es handelt sich bloss um eine Präzisierung, auf welche ich dennoch Wert lege. Der Erziehungsdirektor hat erwähnt, dass die Bildungskommission (BiK) ihren Beschluss einstimmig gefällt habe. Ich möchte korrigieren, dass der Beschluss ohne Gegenstimmen zustande gekommen ist und es vier Enthaltungen gegeben hat. Ich habe nicht gesagt, es handle sich um eine falsche Angabe. Dies ist aber eine Präzisierung.

Präsident. Wir nehmen dies zuhanden des Protokolls entgegen. Den vorangegangenen Voten habe ich nicht entnommen, dass das Eintreten bestritten ist. Deshalb beginnen wir mit dem Rückweisungsantrag von Grossrätin Geissbühler. Sie erhält zuerst das Wort zur Begründung ihres Rückweisungsantrags.

Rückweisungsantrag Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP)

Antrag: Rückweisung des Berichts mit folgenden Auflagen

1. Die fehlende Analyse für eine Weiterführung der Berner Fachhochschule an allen drei Standorten, mit einer Departementskonzentration Architektur/Bau oder einer Business School in Burgdorf, ist nachzuliefern.
2. Die zwei oben aufgeführten Varianten und die favorisierte Variante 3 mit der «Lädere» und dem TecLab in Burgdorf sowie eine Optimierung der Standortkonzentration der anderen Departemente in Bern sind unter Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen (Anzahl Studienplätze, leer stehende und neue Räumlichkeiten, Betrieb) einander gegenüberzustellen.
3. Der zu erwartende Investitionsbedarf über die nächsten 20 Jahre ist für die im Bericht enthaltene Variante 3 und die erwähnten zwei neuen Varianten nach Jahren aufgeteilt auszuweisen.
4. Die drei Varianten sind betreffend der finanziellen Auswirkungen durch die Finanzkommission zu beleuchten und dem Grossen Rat offen zu legen (Zugrecht).

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Dieser Antrag richtet sich gegen das Vergessen, und dass ich eine Rückweisung möchte, darf nicht als Sturheit angesehen werden. Es handelt sich um eine Wertschätzung gegenüber der von uns in den Jahren 2011 und 2012 geleisteten Arbeit unter der Leitung von Mathias Tromp. Er war der Kommissionspräsident und führte die Kommission zu Kompromissen. Wir verabschiedeten die Planungserklärungen, welche wir dem Plenum vorstellten, beinahe einstimmig bzw. vielleicht mit einer Gegenstimme. Im Grossen Rat selber wurden denn alle Planungserklärungen mit jeweils 154 gegen 3 Stimmen bzw. 150 gegen 6 Stimmen angenommen. Zudem reichten wir zu sechst eine Motion ein, welche die Planungserklärungen ebenfalls enthielt. Wir wurden praktisch genötigt, diese Motion zurückzuziehen, mit der Begründung, die Punkte der Motion seien in den Planungserklärungen enthalten und würden vom Regierungsrat umgesetzt. Wir haben diese Motion zurückgezogen.

Was ist aber unterdessen passiert? Es vergingen vier Jahre, sodass ich das Gefühl habe, wir würden die Planungserklärungen vergessen. Um den Stand der Dinge bezüglich des neuen Berichts zu erfahren, reichte ich ein Postulat, eine Interpellation sowie zwei Anfragen ein. Allerdings wurde ich immer abgewimmelt. Danach wurden wir vor vollendete Tatsachen gestellt. Was beispielsweise die hier beschlossene Konzentration an drei Standorten anbelangt, haben wir hier entschieden, dass alle Standorte gleich viele Fachhochschul-Departemente oder Fachrichtungen erhalten. Hier in diesem Saal wurde beschlossen, dass Technik und Informatik nicht in Burgdorf und in Biel weiterbetrieben werden, sondern dass dieser Bereich nach Biel verlagert wird. Auch dies wurde hier beschlossen. Nun will man in Burgdorf ein TecLab – ein technisches Laboratorium – bauen, obwohl wir beschlossen haben, die gesamte Technik und Informatik in Biel zu haben. Eigentlich müsste das TecLab auch in Biel gebaut werden. Weiter wurde gesagt, die Finanzen müssten unbedingt abgeklärt werden. Es hiess, wir seien im Kanton Bern nicht fähig, zwei Campus zu finanzieren. Die Kosten belaufen sich auf über 1 Mrd. Franken. Deshalb wurde Regierungsrat Pulver der Auftrag erteilt, eine Optimierung der Standortkonzentration in Bern zu erreichen. Bereits damals stand der Campus in Bern, im Weyermannshaus, zur Diskussion und wurde von der Regierung favorisiert.

Wir haben hingegen nein gesagt, weil diese Option aus finanziellen Gründen nicht drin liegt und es nicht richtig ist, Burgdorf aussen vor zu lassen. Ich habe Respekt vor der Arbeit von Elisabeth Zäch – und dies ist kein Rückenschuss gegen sie – und deshalb halte ich das, was wir jetzt tun, für unfair. Elisabeth Zäch hat dermassen gekämpft und gegen den Bericht des Regierungsrats für 100 000 Franken einen Bericht erstellen lassen. Dies, um den Beweis zu erbringen, dass Burgdorf mit einem kantonalen, sehr günstigen Gebäude ein Standort bleibt. Es wurde übrigens sehr viel Geld bei der Bevölkerung gesammelt. Ich wurde immer wieder von Leuten aus der Landbevölkerung gefragt, was nun laufe, weil sie auch gespendet haben. Ich antwortete jeweils, dass ich es nicht wisse, aber hoffe, Burgdorf erhalte etwas. Von den im Bericht vorgelegten vier Varianten erfüllt keine einzige die hier überwiesenen Planungserklärungen. So kann man nicht mit uns Grossräten umgehen, indem man vier Varianten aufstellt! Ich muss zugeben, dass die Variante 3 die beste davon ist. Allerdings wollten wir die anderen Varianten gar nicht, weil wir die Konzentration nicht wollten. Nachdem man sich vier Jahre Zeit gelassen hat, scheint es mir wichtig, die vier Punkte, das heisst vor allem die finanzielle Seite, abzuklären. Es eilt nun nicht mehr dermassen. Deshalb möchte ich Sie bitten, diese Auflagen anzunehmen, damit wir es richtig machen können, so wie es eigentlich vorgesehen war.

Präsident. Zu diesem Rückweisungsantrag steht den Fraktionen das Wort offen. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Frau Grossrätin Zäch das Wort.

Elisabeth Zäch, Burgdorf (SP). Liebe Sabine Geissbühler, es ist ganz und gar nicht so, dass du dich für mich oder die Stadt Burgdorf einzusetzen brauchst! Wir haben einen guten Kompromiss ausgehandelt. Wenn Sie den vorliegenden Bericht heute zur Kenntnis nehmen, ist es ein glücklicher Tag für unsere Stadt und die Region Emmental-Oberaargau. Wir stehen voll und ganz hinter diesem Kompromiss. Wir alle wissen, was Planungserklärungen sind. Planungserklärungen sind Absichtserklärungen. Wenn man im Verlauf einer Diskussion auf einen neuen vielversprechenden Weg kommt, dann schlagen wir diesen doch ein! Weisen Sie den Rückweisungsantrag zurück und geben Sie jetzt vor allem Forfait, damit wir in Burgdorf und in Bern vorwärts machen können!

Präsident. Wird das Wort von weiteren Fraktionen gewünscht? Wünschen Einzelsprechende das Wort? – Das ist nicht der Fall. Herr Regierungsrat, Sie haben das Wort.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Ich bitte Sie, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen. Ich habe vorhin dargelegt, wie wir alle Punkte der Planungserklärung aufgenommen haben. Es waren sehr viele, zum Teil auch widersprüchliche Punkte. Ich habe Ihnen ebenfalls aufgezeigt, wie wir diese alle umzusetzen versucht haben. Meines Erachtens wurde damals bewusst offen gelassen, was mit «Burgdorf bleibt Standort der Berner Fachhochschule» gemeint ist. Es hiess nicht «eines Departements». Mit der vorliegenden Lösung ist klar, dass Burgdorf weiterhin ein Standort der Berner Fachhochschule (BFH) bleiben wird. Denn die BFH führt gemeinsam mit der Technischen Fachschule Bern (TF Bern) das TecLab. Insofern wird die BFH in Burgdorf präsent sein. Mit dem Rückweisungsantrag wird Ihnen eine nochmalige Analyse beantragt, das Departement Architektur, Holz und Bau (AHB) aus dem Campus Biel herauszunehmen und dieses doch in Burgdorf vorzusehen. Als Grosse Rat haben Sie bereits zweimal beschlossen, in Biel einen Campus Technik, Informatik, Architektur, Holz und Bau zu realisieren. Diesen Beschluss fassten Sie erstmals im Jahr 2012, im Rahmen der erwähnten Planungserklärung und des verabschiedeten Berichts. Vor zwei Jahren beschlossen Sie mit 144 Ja- ohne Gegenstimmen den Projektierungskredit für den Campus Biel Architektur, Holz, Bau, Technik und Informatik. Sie haben diesbezüglich eine klare Linie. Deshalb scheint es mir nicht sinnvoll zu sein, diesen Bereich wieder herauszulösen.

Das zweite Element des Rückweisungsantrags verlangt eine erneute Prüfung des Departements Wirtschaft. Die Kommission hat sich sehr intensiv damit befasst und uns Aufträge erteilt. Sowohl die Kommissionspräsidentin als auch ich haben Ihnen dargelegt, was wir konkret untersucht haben und weshalb die Wirtschaftslösung nicht gut und ebenso wenig von der Stadt Burgdorf erwünscht wäre. Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Präsident. Wünscht die Antragstellerin nochmals das Wort? – Das ist der Fall. Das Wort hat Frau Grossrätin Geissbühler.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Gut, dann lassen wir die Standortfrage aussen vor. Sehr wichtig sind jedoch die Finanzen. Auf den Kanton Bern kommt ein riesiger Brocken zu, der von unseren nachfolgenden Grossräten gestemmt werden muss. Wie bereits erwähnt, hiess es im Jahr 2012, es gäbe zwei Campus zu finanzieren. Ich möchte Sie doch bitten, die Ziffern 3 und 4 anzunehmen, damit wir die finanzielle Seite abklären können.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung und haben wiederum das Problem, auf die Stimmzähler warten zu müssen. Sie haben auch das Anrecht, abstimmen zu können. Übrigens habe ich vor dem Mittag rasch das Abstimmungszimmer besucht. Die Stimmzähler sind fleissig und überdies dankbar, dass Sie ihre Anweisungen befolgt haben! Sie danken Ihnen vielmals für die Glückskäfer, welche Sie ihnen zum Teil in die Abstimmungsumschläge gelegt haben. *(Heiterkeit)* Damit haben Sie für eine gewisse Zwischenverpflegung gesorgt! Die Stimmzähler sind dankbar, dass Sie mitgeholfen haben, die Stimmzettel sortiert zu belassen. Nun hoffe ich, dass sie für diese Abstimmung zu uns stossen werden. *(Die Sitzung wird kurz unterbrochen.)* Wahrscheinlich sind die Stimmzähler eingeschlossen! *(Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler betreten den Saal und nehmen Platz.)* Nun können wir abstimmen. Wer den Rückweisungsantrag annehmen will, stimmt ja, wer diesen ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Antrag Geissbühler (SVP); Rückweisung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	4
Nein	130
Enthalten	9

Präsident. Sie haben den Rückweisungsantrag Geissbühler abgelehnt. Wir gehen zur eingegangenen Planungserklärung über. Ich bitte Grossrat Brönnimann von der glp, die Planungserklärung zu begründen.

Planungserklärung glp (Brönnimann, Mittelhäusern)

Es ist zu prüfen, wie das Rektorat und/oder die zentralen Dienste, insbesondere die Informatikdienste, am neuen BFH-Standort in Biel konzentriert werden können und welches die Folgen für die Bau- und Betriebskosten sind.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Was wäre ein Bericht ohne eine Planungserklärung! Deshalb hat auch hier noch eine kommen müssen, nämlich jene der Grünliberalen. Im Übrigen bin ich zuversichtlich, damit erfolgreich zu sein. Ich stütze mich dabei auf eine neueste repräsentative Studie der Zeitung «20 Minuten», welche zeigt, dass zwei Drittel der Leute abergläubisch sind. Wie Sie wissen, hiess das Bieler Siegerprojekt «Trèfle», was übersetzt Kleeblatt heisst. Wir alle wissen, dass ein vierblättriges Kleeblatt Glück bringt. Hingegen gilt es bei einem dreiblättrigen Kleeblatt kritisch zu sein. Da jedoch damit zu rechnen ist, dass wir hier nicht ganz repräsentativ sind und es Leute gibt, die sich nur auf handfeste Argumente verlassen, kommen noch ein paar Argumente hinzu. Das erste ist jenes der Grundsatzfrage, wo der Kanton Bern seine hochqualifizierten Arbeitsplätze ansiedeln will. Meistens sind wir uns hier grossmehrheitlich darin einig, dass die Stadt und die Agglomeration Bern kein Arbeitsplatzproblem aufweisen. Es gibt kaum eine Stadt auf der Welt, welche ein dermassen gutes oder je nach Betrachtung schlechtes Verhältnis hat zwischen Arbeitsplätzen und Einwohnern. In der Stadt Bern wimmelt es glücklicherweise von sehr gut qualifizierten Arbeitsplätzen. In anderen Städten ist dies nicht der Fall. Zu diesen gehört unter anderem Biel. Die Stadt Biel wäre froh, wenn sie rund 200 gut qualifizierte Arbeitsplätze im Bereich Rektorat und Zentrale Dienste hätte. Bei Letzteren handelt es sich hauptsächlich auch um die Informatikdienste. Dies ist eine Grundsatzfrage. Wenn wir uns diese stellen, müssen wir sie losgelöst davon betrachten, ob es um Arbeitsplätze in Burgdorf geht – vorhin haben wir einer Lösung zugestimmt, die dafür sorgt, dass Burgdorf als Regionalstandort Arbeitsplätze und Dienstleistungen behält – oder um Thun. In diesem Fall ist es die Stadt Biel. Wir machen uns dafür stark, dass der Kanton die Chance nutzt und dort Arbeitsplätze ansiedelt. Wie mir versichert wurde, ist es auch räumlich möglich. Es stimmt, dass es zusätzlicher Abklärungen bedarf. Der vierte Flügel kann aber gebaut werden. Man muss sehen, ob man diesen auf einmal baut. In diesem Fall erhielte man Raumreserven, welche im Moment unbestritten noch nicht gebraucht werden. Zudem wäre es ein starkes Signal und würde zeigen: Wir glauben daran, dass der Standort Biel auf dem schweizerischen Fachhochschulmarkt wirklich dermassen konkurrenzfähig ist, dass die Studentenzahlen wachsen. So könnte der Raum in absehbarer Zeit genutzt werden.

Wie wir wissen, baut man viel billiger, wenn man es auf einmal tut – mit einer Planung, einer Bauphase und einer Baufinanzierung. Dies ist ein weiteres Argument, welches aus meiner Sicht dafür spricht. Hinzu kommt ein symbolisches Argument. Es wäre ein Bekenntnis dafür, dass sich der Hauptstandort der Berner Fachhochschule eben in Biel befindet, wo die technischen Disziplinen angesiedelt sind. Diese sind sozusagen das Juwel innerhalb der Berner Fachhochschule; sie erwirtschaften sehr viele Drittmittel und haben viele Partnerprojekte zusammen mit der Industrie. Insofern wäre es gut, das Rektorat wäre in Biel, wo sich auch die Industrie befindet. So könnte man wirklich stolz sein, das Rektorat in Biel zu haben, während es in Bern in Bern-West untergebracht wäre. Es sind dies ein paar handfeste Argumente, welche dafür sprechen, diese Option zumindest gemäss unserer Forderung zu prüfen. Wir sind mit unserer Formulierung sehr moderat geblieben, indem wir nur eine Prüfung fordern. Ich weiss, dass der Erziehungsdirektor über diese Planungserklärung nicht ganz erfreut war und ebenso wenig viele Kollegen in der BiK. Dies unter dem Motto «Nun haben wir genug lange über den Bericht gesprochen; Variante 3 und fertig!». Der Erziehungsdirektor sagte jedoch, eine Prüfung wäre immerhin möglich. Was spricht gegen eine Prüfung mittels dieser Planungserklärung? Ich bitte Sie, uns und eine Region ausserhalb des Zentrums von Bern zu unterstützen und die Planungserklärung zu überweisen.

Präsident. Das Wort wird nicht von weiteren Fraktionen gewünscht. Wünschen Einzelsprechende das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Ich bitte Sie, diese Planungserklärung abzulehnen. Im Jahr 2014 haben Sie den Projektierungskredit mit 144 zu 0 Stimmen beschlossen, um für die Departemente AHB sowie Technik und Informatik (TI) in Biel einen Campus zu bauen. Aufgrund dieses Projektierungskredits wurde ein Raumprogramm erstellt. Die BFH legte dar, wie viel Raum sie für die Bereiche Architektur, Holz, Bau sowie Technik und Informatik benötigt. Gestützt darauf wurde ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Daraus ging ein Siegerprojekt hervor. Nun wird der Ausführungskredit vorbereitet, das heisst, die BVE ist mit den entsprechenden Arbeiten befasst, um im

nächsten Jahr den Ausführungskredit vorzulegen. Will man jetzt noch Stopp sagen, um vielleicht das Rektorat und die Services (RSR), also die Informatikdienste, das Personalwesen, die Buchhaltung und das Rektorat, neu in Biel zu haben, benötigen wir in Biel mehr Raum. Im Moment werden nicht einfach so 200 zusätzliche Reservearbeitsplätze eingeplant. Das Projekt müsste vollständig überarbeitet werden. Die Möglichkeit eines vierten «Trèfle», eines vierten Kleeblattes, besteht effektiv. Das entsprechende Terrain gehört nur zum Teil der Stadt Biel bzw. ebenso wenig dem Kanton. In der Folge müssten Enteignungen durchgeführt werden. Das Projekt müsste folglich neu überarbeitet und ein neuer Kredit bewilligt werden. Wahrscheinlich wären auch die Voraussetzungen komplett anders. Dies habe ich nicht in allen Details abgeklärt. Ich weiss aber, dass eine ernsthafte Prüfung erstens zu einer zeitlichen Verzögerung führen würde. Zwar kann ich nicht sagen, wie lange diese Verzögerung dauern würde. Eigentlich hatten wir uns dafür ausgesprochen, den Campus Biel rasch zu bauen, wofür Sie alle Beschlüsse getroffen haben. Zweitens ist das vierte «Trèfle» wie folgt vorgesehen: Sollte sich die BFH in Bezug auf Studierende in den nächsten Jahren sehr positiv entwickeln, hätte man in einer Zeitgrössenordnung von zehn bis zwanzig Jahren eine Option, um einen weiteren Raum für Bildung zu erschaffen bzw. den Campus Technik auszubauen. Will man bereits jetzt für die Unterbringung der RSR von dieser Option Gebrauch machen, ist dies ein anderer Ansatz. Überdies wurde das Projekt nicht darauf ausgerichtet, weil es nicht dem Auftrag entsprach. Der vierte «Trèfle» war für Bildung vorgesehen und ich gehe davon aus, dass sich diese Option nicht einfach so aus der Schublade ziehen lässt, um Arbeitsplätze zu erstellen. Daraus würden eine relativ grosse Verspätung und eine Neuüberarbeitung des Projekts resultieren. Dies fände ich aktuell schwierig, zumal wir den InnoCampus nach Biel erhalten haben. Einer der Gründe, weshalb wir auf schweizerischer Ebene für den Swiss Innovation Park eine Zusage für Biel erhalten haben, ist eben die vorhandene Verbindung mit dem Campus Technik. Deshalb würde ich nicht mehr am Campus Technik in Biel schrauben, sondern diesen gemäss dem von Ihnen vor zwei Jahren beschlossenen Projektierungskredit umsetzen. Aus diesen Gründen bitte ich Sie um Ablehnung dieser Planungserklärung.

Präsident. Ich erteile der Kommissionssprecherin das Wort zu dieser Planungserklärung.

Corinne Schmidhauser, Interlaken (FDP), Kommissionssprecherin der BiK. Von meiner Seite nur ganz kurz: Auch die BiK war der Meinung, dass genau dieses vierte Kleeblatt, sollte es allenfalls belegt werden, einer zukünftigen Nutzung entzogen würde. Deshalb hat die BiK die Planungserklärung der glp mit 11 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Präsident. Wünscht der Antragssteller nochmals das Wort? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit stimmen wir gleich ab. Ich hoffe, die Stimmzähler seien dieses Mal etwas schneller bei uns. *(Die Sitzung wird kurz unterbrochen.)* Ich bitte Sie, sich jeweils beim ersten Gong auf den Weg in den Saal zu machen. Mir scheint, Sie seien heute Nachmittag etwas träger geworden! *(Heiterkeit)* Wir stimmen über die Planungserklärung der glp ab. Wer diese annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Planungserklärung glp, Brönnimann)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	14
Nein	128
Enthalten	5

Präsident. Sie haben die Planungserklärung abgelehnt. Somit führen wir noch die Schlussabstimmung über Kenntnisnahme des Berichts ohne Planungserklärungen ab. Wer von diesem Bericht Kenntnis nehmen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Kenntnisnahme mit Planungserklärung

Ja	136
Nein	1
Enthalten	11

Präsident. Sie haben von diesem Bericht Kenntnis genommen.